



Lausitzer Ostermarsch

Verhandlungen statt Waffenexporte!

In aller Welt trachten Regierungen danach, Krieg wieder zu einem regulären Mittel der Politik zu erklären. Die Durchsetzung eigener Interessen und die Verschiebung von Grenzen mit Waffengewalt werden wieder als legitim angesehen. Die Bundesregierung investiert Milliarden in die Aufrüstung – Deutschland müsse wieder „kriegstüchtig“ werden, heißt es. Sogar Atomwaffen auf deutschem Boden und unter deutscher Kontrolle werden gefordert. Über die Wiedereinführung der Wehrpflicht wird fabuliert.

Ukraine, Gaza, Jemen, Kurdistan, Berg-Karabach – die Liste der aktuellen Kriege ist lang. Und jeder einzelne von ihnen ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Deshalb wenden wir uns auch gegen eine Spaltung der Friedensbewegung durch jene, die einen Frieden mit Russland fordern, weil er den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands entspricht. Das ist kein echter Friedenswille – das ist Heuchelei!

Für den Frieden kann es keine unterschiedlichen Maßstäbe geben. Jeder Angriffskrieg ist unrechtmäßig, jeden bewaffneten Übergriff auf fremdes Territorium verurteilen wir entschieden. Wir stehen solidarisch an der Seite der betroffenen Zivilbevölkerung – in der Ukraine, in Israel und Gaza, in den kurdischen Gebieten und überall sonst auf der Welt.

Unsere Forderungen:

- Ein sofortiger Waffenstillstand in der Ukraine sowie der Abzug aller russischen Truppen von ukrainischem Staatsgebiet
- Die Schaffung einer entmilitarisierten Zone entlang der russisch-ukrainischen Grenze unter Überwachung der OSZE

- Der Ausbau der humanitären und Wiederaufbauhilfe für die Ukraine sowie ein Schuldenschnitt zugunsten des Wiederaufbaus statt immer neue Waffenlieferungen
- Ein sofortiger Waffenstillstand im Gaza-Streifen und die Ermöglichung wirksamer humanitärer Hilfen für die eingeschlossene Bevölkerung
- Ein offensiver Einsatz der Bundesregierung für diplomatische Konfliktlösungen
- Ein sofortiger Stopp des Aufrüstungsprogramms für die Bundeswehr
- Eine Garantie für den Nichteinsatz von Atomwaffen und deren Abzug von deutschem Boden als ersten Schritt zu ihrer Abschaffung

Dafür demonstrieren wir beim Lausitzer Ostermarsch: Am 30. März 2024, Start 11:15 Uhr, Cottbus Güterzufuhrstraße/Hinterausgang Hauptbahnhof. Abschließend Kundgebung auf Platz am Stadtbrunnen.

30. März in Cottbus

**In Frieden investieren,
nicht in Krieg:**

**Ostermarsch
2024**

Ungleichbehandlung im Bundestag!

LINKE wendet sich gegen Benachteiligung

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Linke-Gruppe im Bundestag, Christian Görke, setzt sich in einem Brief an seine Kollegen in den anderen Fraktionen und Gruppen mit Ausnahme der AfD für eine gleichberechtigte Behandlung der Linken im Parlament ein. Zwar seien bestimmte Rechte laut Geschäftsordnung an den Fraktionsstatus gebunden, räumt Görke ein. Die Linke verlor diesen Status im Dezember 2023 mit der Abspaltung von zehn Abgeordneten um Sahra Wagenknecht. Dennoch gingen die Einschränkungen für die Linke-Gruppe »weit über die bisherige Praxis hinaus«, heißt es in dem Brief. Görke spricht von »kleinlichen Benachteiligungen«, die sachlich nicht begründbar seien und den Verdacht schürten, dass es der Bundestagsmehrheit nicht um den funktionierenden Parlamentsbetrieb gehe, sondern »um willkürliche politische Vorteilsnahme« zulasten der demokratischen Vielfalt.

Zu den kleinlichen Benachteiligungen gehört für Görke, dass die Linke-Gruppe in den hinteren Bereich des Plenarsaals ab Reihe sieben gesetzt wurde, »nahezu unsichtbar für das Plenum und die Öffentlichkeit« und ohne die üblichen Arbeitsmöglichkeiten für parlamentarische Geschäftsführer und Redner.

Im Beschluss des Bundestags über die Bildung der Linke-Gruppe waren dieser – wie auch der BSW-Gruppe – neben stark begrenzten Redezeiten nur wenige Anfragen an die Regierung und eigene Tagesordnungspunkte im Parlament zugestanden worden. Bei den Anfragen, zu deren Begrenzung eine Klage läuft, hatte der Ältestenrat dieser Tage entschieden, den Gruppen vorerst wieder das

volle Fragerecht einzuräumen. Beobachter werten das als mögliches Zeichen dafür, in welche Richtung die entsprechende Verhandlung beim Bundesverfassungsgericht laufen könnte.

Die Linke wendet sich ebenfalls dagegen, dass ihre stark reduzierten Themen für die Tagesordnung des Bundestags auf Nebenzeiten nach 20 Uhr geschoben werden. In der sogenannten Kernzeit vormittags und am frühen Nachmittag, die für TV-Übertragungen von Interesse ist, darf Die Linke keine Themen mehr platzieren. Auch dagegen werden rechtliche Schritte geprüft. Über den Linke-Antrag zum Thema Schuldenbremse wird am Donnerstag (Anm. d. Red.: 21.03.) dieser Woche erst am späten Nachmittag, wahrscheinlich sogar erst am Abend debattiert. Zudem müsse Die Linke ihre Themen mit drei Wochen Vorlauf anmelden, was ein Reagieren auf aktuelle Entwicklungen erschwere. Dagegen setzten die Fraktionen ihre Themen oft sehr kurzfristig auf die Tagesordnung. Görke verweist darauf, dass viele dieser Einschränkungen bei früheren Bundestagsgruppen nicht praktiziert wurden.

Wolfgang Hübner, Neues Deutschland

Die Gruppe Die Linke können kleine Anfragen an die Bundesregierung nun doch einstweilen in unbegrenztem Umfang stellen. Die Abgeordneten haben am 21. März 2024, einer entsprechenden Beschlussempfehlung des Ältestenrates des Bundestages gegen die Stimmen von CDU/CSU und AfD mehrheitlich zugestimmt.

Die Linke(n) und die Medien

11. April
18.30 Uhr

Café Zelig, Fr.-Ebert-Str., Cottbus



Rotes Sofa

Yasmin Kirsten
im Gespräch mit
Publizistin
Ines Schwerdtner

Die Linke

Cottbus/ChósebuZ

Neu: Rotes Sofa

Linker Politiktalk im Café Zelig

Endlich ist es soweit! Ab 11. April wird es auf dem „Roten Sofa“ heiß hergehen. Das neue, linke Politikformat startet mit dem Thema „Die Linke(n) und die Medien“.

Zu Gast ist die Publizistin Ines Schwerdtner, die bis 2023 Chefredakteurin des Magazins Jacobin war und heute unter anderem den Podcast „Hyperpolitik“ betreibt. Die Moderatorin Yasmin Kirsten wird mit ihrem Gast über das Vorhandensein bzw. Nichtvorhandensein von linken Themen in den Leitmedien sprechen und darüber, welche Auswirkungen das auf die gesellschaftliche Entwicklung haben kann. Genauso wird es darum gehen, welche Alternativen nun nötig sind und wie die politische wie gesellschaftliche Linke nun agieren könnte.

Aus dem Landtag

Lausitzfestival - Koalition stellt sich hinter Intendanten

Am 21. März brachten im Brandenburger und Sächsischen Landtag die Linksfraktionen einen Antrag unter dem Titel: „Das Lausitz-Festival braucht eine neue Intendanz – Lausitzer Kulturschaffende auf Augenhöhe beteiligen!“ ein. Die Landesregierungen sollten im Aufsichtsrat der Lausitz Festival GmbH darauf hinwirken, den Vertrag mit der Intendanz aufzulösen und die Stelle neu auszuschreiben. Hintergrund sind Vorwürfe von regionalen Kulturschaffenden, nicht in die Programmentwicklung des Festivals einbezogen zu werden. Ein weiterer Kritikpunkt ist die fehlende Transparenz bei der Besetzung der Intendanz des Festivals, das es seit 2020 gibt. Es habe keine Ausschreibung gegeben. Daniel Kühnel habe einen Fünf-Jahres-Vertrag erhalten, ohne dass der Beirat des Festivals dazu befragt worden sei. Peter Sodann, kulturpolitischer Sprecher der Linksfraktion Sachsen begründet die Antragsstellung: „Das Lausitz Festival soll die Region in ihrer Vielfalt repräsentieren, künstlerische Verbindungen schaffen, den Strukturwandel künstlerisch begleiten, zur Lebensqualität in der Lausitz beitragen und die touristische Nachfrage ankurbeln. Diesen Zielen fühlen wir uns verbunden. Die aktuelle Führung scheitert jedoch an der Umsetzung.“ Weiter wird darauf verwiesen, dass die Bilanz nüchtern ausfällt. So seien nur etwa 7000 Besucher:innen gekommen. Die Lausitz Festival GmbH ist auf der Grundlage des Investitionsgesetzes Kohleregionen und des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen mit 44 Millionen Euro bis zum Jahr 2038 ausgestattet, von denen bisher 12 Millionen Euro bewilligt wurden. Für das Festival 2023 flossen vier Millionen Euro aus Bundesmitteln. So ergeben sich bei den Besucherzahlen Förderungen pro Platz von mehr als 570 Euro. 200.000 Euro kamen jeweils vom Freistaat Sachsen und dem Land Brandenburg. DIE LINKE steht in engem Austausch mit den Kulturschaffenden. So fordern wir auch weiterhin die Beteiligung auf Augenhöhe, denn diesem Anspruch wird die bisherige Intendanz nicht gerecht. So sagt Anke Schwarzenberg, Sprecherin für Strukturwandel in der Linksfraktion Brandenburg: „Dass die Intendanz trotz der vehementen Kritik ohne Ausschreibung und Einbeziehung des Künstlerischen Beirates für weitere fünf Jahre an Kühnel vergeben wurde, ist skandalös und nicht hinnehmbar.“

Die Koalitionsfraktionen haben das leider anders gesehen. Zur Begründung wurden der fehlende Einspruch bei Auftragsvergabe an den Intendanten Kühnel angeführt. Ebenso wurde auf die Einstimmigkeit für das durch ihn vorgeschlagene Konzept durch den künstlerischen Beirat verwiesen.

Die Kritik scheint also somit nicht anzukommen, und dieser Intendant „knipst (wohl gewollt) der Lausitz (auch weiterhin) das Licht an“.

Unfassbar: Koalition lehnt Kitagesetz-Entwurf ab.

Die Linke

Fraktion im
Landtag Brandenburg

CDU: 12 Nein, einstimmig

SPD: 21 Nein, einstimmig

Grüne: 9 Nein, einstimmig

BVB: 3 Ja, einstimmig

AfD: 5 Nein, 14 Enthalten

Unfassbar! Die Koalition lehnt den Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke für ein gutes Kitagesetz ab und stoppt erneut den Versuch, den Dialog zur dringend notwendigen Kitarechtsreform fortzusetzen. Das, obwohl das Kitasystem offensichtlich vor dem Kollaps steht. Aber, nicht mit uns! Unseren Kitagesetzentwurf können Regierung und Koalition nicht in einer Kiste versenken. Wir laden alle Interessierten zu außerparlamentarischen Anhörungen ein, um weiter an dem Gesetzentwurf zu arbeiten. Für unsere Kinder!

Reaktion aus dem Netz

„Heute auf der Besuchertribüne im Landtag. Der KitaG Entwurf der Linken wurde deshalb eingebracht, weil das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag durch die Regierung nicht umgesetzt wurde. Danke Kathrin Dannenberg. Fast alle Landkreise und kreisfreien Städte haben dem Ministerium vor über einem Jahr mitgeteilt, dass die Reform dringend fortgesetzt werden muss. Seitdem ist nichts passiert. Wie Elske Hildebrandt klug vorgeschlagen hat, soll das Thema Kitafinanzierung nun endlich im Finanzausschuss aufgegriffen werden. Hier muss eine Lösung her. Daran scheitert es seit vielen Jahren. Über die erforderlichen Maßnahmen sind sich alle am Prozess Beteiligten weitgehend einig. Der Entwurf wurde nicht mal in Ausschüsse verwiesen sondern leider gleich heute abgelehnt. Was für ein Signal an Eltern und Beschäftigte, die 190.000 Kinder betreuen! Die LIGA Brandenburg hat dazu eine Pressemitteilung veröffentlicht. Wir bleiben dran.“

Werde Mitglied der nd.Genossenschaft!

Seit dem 1. Januar 2022 wird das »nd« als unabhängige linke Zeitung herausgeben, welche der Belegschaft und den Leser*innen gehört. Sei dabei und unterstütze als Genossenschaftsmitglied Medienvielfalt und sichtbare linke Positionen. Jetzt die Beitritts-erklärung ausfüllen. Mehr Infos auf www.dasnd.de/genossenschaft



Rassismusvorwürfe gegen Lehrer

Linksjugend: Demo für „Schule ohne Rassismus“

Am Dienstag, den 19. März, haben wir gemeinsam gegen die rechte Gewalt in Cottbus demonstriert. Zunächst ging es vor dem Schulamt darum, ein Zeichen gegen die mutmaßlich rassistische Gewalt an Cottbuser Schülern mit Migrationsgeschichte durch einen Lehrer zu demonstrieren. Die Konsequenz, dass er nicht mehr unterrichten darf, kam viel zu spät. Dass ein Lehrer nach nachgewiesener Ausübung von Gewalt weiter unterrichten durfte, ist skandalös und gefährdet die betroffenen Kinder und Jugendlichen. Es ist erschütternd, dass wir nicht einmal ein Jahr nach Bekanntwerden der Vorfälle in Burg wieder vor dem selben Schulamt stehen und wieder das zögerliche Agieren in Bezug auf gravierende Vorfälle kritisieren müssen. Erst durch zunehmenden öffentlichen Druck war man bereit, den Lehrer aus dem Unterricht zu entfernen und sich bei den Familien zu entschuldigen. Vor diesem Hintergrund muss es endlich auch personelle Konsequenzen auf der Ebene des Schulamts geben! Anschließend ging es in die Sprem, gegen die Veranstal-



tung der faschistischen JA zum Thema Remigration mit dem Bundestagsabgeordneten Helferich, der sich selbst als „freundliches Gesicht des NS“ bezeichnete. Du möchtest mit uns gemeinsam gegen Rechts kämpfen? Dann melde dich gern oder komm zu unserer Sitzung am Dienstag, 18 Uhr, in der Geschäftsstelle der Linken.

Rückblicke Frauenwoche

Geschlechtermedizin - Ungleichbehandlung gewünscht!

Im Rahmen der Brandenburgischen Frauenwoche folgten Frauen und auch Männer der Einladung der Fraktion Die Linke im Cottbuser Stadtparlament der Einladung zum o.g. Thema. Ebenso die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Cottbus Aline Erdmann informierte sich zum Thema, welches die Gesundheitsexpertin Yasmin Kirsten in Vortrag und Diskussion behandelte.

Wie sagte eine Teilnehmerin: „Das es so ist, habe ich mir schon gedacht, aber warum und wieso habe ich erst durch diesen Vortrag erfahren.“

In der Gliederung von Medizin/Diagnose über die Medikamente und Forschung wurden Fakten zusammengetragen, die deutlich machten, dass Frauen und Männer unterschiedlich erkranken, was verschiedene Gründe hat: zum Beispiel die Unterschiede in der Körpergröße und damit der Größe der inneren Organe, bei den Hormonen und der Fett-, Muskel- und Knochenmasse.

Auch die Verarbeitung/Verstoffwechslung von Medikamenten im Körper ist unterschiedlich. So ist auch das Vertagen von Medikamenten verschieden. Aber in der medizinischen Forschung und Lehre ist der „Durchschnittsmensch“ in der Regel immer noch männlich!

Es liegt auf der Hand, der Nutzen der geschlechtsspezifischen Medizin hilft, Krankheiten bei Frauen und Männern noch gezielter zu diagnostizieren und zu behandeln.

Deshalb müssen Erkenntnisse der geschlechtsspezifischen Unterschiede in Lehrpläne des Medizinstudiums verankert werden. Sie sollen Teil

des Medizinstudiums sowie der Aus-, Fort- und Weiterbildungen der Gesundheitsberufe werden. (2025!?!)

Frauen haben keine Gleichbehandlung verdient, deshalb ist es wichtig, sich für eine geschlechtssensible Medizin einzusetzen. Danke Yasmin Kirsten, dass wir zu diesem Thema sensibilisiert wurden.

Annelly Richter



Ausstellungseröffnung

Wer war Tamara Bunke? Bis zum 2. Mai ist in Cottbus eine Ausstellung über das Leben der TANIA in unseren Räumen zu sehen. Zur Eröffnung am 8. März kamen gut 50 Menschen. Professor Oliver Rump, der gemeinsam mit seinen Student:innen den Nachlass der Revolutionärin bearbeitet hat, gab einen Einblick in das Leben der legendären Frau. Im Anschluss erklangen eigene und lateinamerikanische Rhythmen mit Tobi Thiele von RedHeadMusic - klar, dass El Comandante und die Internationale nicht fehlen durften. ZUDEM... hnhmmmmmm... natürlich lecker Frauentagscocktails. Toll!